Antrag

der Abg. Dennis Birnstock und Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

Private Hochschulen in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Bedeutung sie dem Studienangebot der Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft im Land zumisst, insbesondere unter Berücksichtigung der Entwicklung der Studienanfängerzahlen an diesen Hochschulen in den letzten zehn Jahren;
2. wie sich dieses Studienangebot in den letzten zehn Jahren entwickelt hat, orientiert an Studiengängen und Studienanfängern;
3. inwiefern sie die Rolle der nichtstaatlichen Hochschulen im Wandel sieht, durch ihr Studienangebot (etwa bei den Studiengängen der Sozialen Arbeit oder im Rahmen der Akademisierung der Heilberufe) mehr als nur eine begrüßenswerte und etablierte Ergänzung des staatlichen Hochschulsystems zu sein, das die öffentlich finanzierten Studiengänge durch sich am Markt zu behauptende und privat getragene Studiengänge ergänzt;
4. welche Abweichungen von dem Grundsatz bereits bestehen und sie zukünftig plant, dass Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft gemäß § 70 Absatz 10 Landeshochschulgesetz (LHG) grundsätzlich keinen Anspruch auf staatliche Förderung haben;
5. zu welchen aktuellen Förderprogrammen/Programmausschreibungen des Landes die Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft antragsberechtigt sind;
6. ob geplant ist, bei hochschulischen Ausbauprogrammen des Landes die Teilhabe bzw. Antragsberechtigung der Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft künftig zu stärken, auch um einer Empfehlung des Wissenschaftsrats zu folgen, wettbewerblich orientierte Landesprogramme in Forschung und Lehre für die privaten und kirchlichen Hochschulen zu öffnen;
7. inwieweit akademische Weiterbildungsangebote von Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft von Landesseite unterstützt werden, wie in der Vergangenheit mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds im Förderprogramm „Auf- und Ausbau von Strukturen der wissenschaftlichen Weiterbildung an Hochschulen in Baden-Württemberg“;
8. welches Ergebnis die seit geraumer Zeit laufenden Gespräche des Wissenschaftsministeriums mit den drei kirchlichen Hochschulen im Land erbrachten, die darauf abzielten, eine den aktuellen Anforderungen entsprechende Finanzierung zu entwickeln und Studienangebote, die im gesellschaftspolitischen Interesse des Landes liegen, finanziell längerfristig abzusichern;
9. welche Studienangebote sie aktuell als im gesellschaftspolitischen Interesse des Landes liegend erkennt;
10. inwiefern sie eine Teilhabe von Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft an Förderprogrammen des Landes zur Stärkung der hochschulischen Infrastruktur, etwa zu Zwecken der Digitalisierung, abweichend vom Grundsatz des § 70 Absatz 10 LHG anstrebt;

11. ob sie das Studien- und Weiterbildungsangebot der Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft gleichwertig präsentiert sieht in der öffentlichen Darstellung durch staatliche Stellen, etwa auf vom Land betriebenen Homepages oder digitalen Plattformen;
12. welche Maßnahmen zum Bürokratieabbau sie unternimmt, von denen auch die Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft profitieren können (etwa im Bereich des Meldewesens, bei Statistiken oder Genehmigungsverfahren);
13. auf welche Weise sie die Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft bei deren Internationalisierung unterstützen will und beispielsweise bei Visafragen Hilfe leisten könnte, z. B. bei der Durchführung von APS-Verfahren;
14. ob sie es als möglich betrachtet, den Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft oder insbesondere den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) unter diesen neben dem Promotionsrecht nach § 70 Absatz 4 LHG auch eine Teilhabe am Promotionsverband Baden-Württemberg zu ermöglichen;
15. ob sie eine Experimentierklausel zugunsten der Hochschulen in nicht-öffentlicher Trägerschaft in das Landeshochschulrecht aufnehmen will, die abweichend von § 70 Absatz 10 LHG die projekt-spezifische Förderung ermöglicht, etwa zum gezielten Ausbau von Studiengängen.

3.7.2025

Birnstock, Dr. Kern, Brauer, Goll, Haußmann, Bonath, Fink-Trauschel, Fischer, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Reith, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Die privaten Hochschulen haben sich in den letzten Dekaden sehr positiv entwickelt und mittlerweile studiert, statistisch gesehen, jeder achte Studierende in Deutschland an einer Hochschule in nicht-öffentlicher Trägerschaft. In Baden-Württemberg studiert gar knapp jeder zehnte Studierende an einer privaten Hochschule. Damit sind diese Hochschulen, die grundsätzlich keine staatliche Förderung erhalten, aus Sicht der Antragsteller längst ein integraler Bestandteil der Hochschullandschaft und mehr als nur eine begrüßenswerte und etablierte Ergänzung des staatlichen Hochschulsystems, das die öffentlich finanzierten Studiengänge durch sich am Markt zu behauptende und privat getragene Studiengänge ergänzt. Daher soll dieser Antrag klären, auf welche Art und Weise das Land die 23 staatlich anerkannten Hochschulen unterstützen kann.